

Im Rahmen der Wettbewerbs- und Standortdiskussion der letzten Jahre, die sich häufig durch Einseitigkeit auszeichnete, handelt es sich bei dem vorliegenden Buch um eine durchgehend fundierte und konsistente Analyse. Die gut verständliche Abhandlung komplexer Zusammenhänge ermöglicht die Lektüre auch für wissenschaftlich interessierte Fachleute.

Michael von Hauff, Prof. Dr.
 Universität Kaiserslautern, Wirtschaftspolitik II
 Gottlieb-Daimler-Strasse, 67663 Kaiserslautern (Germany)

Frey, Bruno S. (1997). *Ein neuer Föderalismus für Europa*. Die Idee der FOCJ. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 101 S. DM 64.00. ISBN 3-16-146790-6.

Bruno Frey beschäftigt sich im vorliegenden Beitrag mit einem neuen Föderalismuskonzept für Europa, dessen Kern funktionale, überlappende, konkurrierende Körperschaften darstellen. Hintergrund dieser Überlegungen ist die Tatsache, dass in der heutigen EU die wirtschaftliche Integration nicht zuletzt als Folge der Realisierung der sogenannten vier Freiheiten (freie Mobilität von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital) weitestgehend als Erfolg gewertet wird. Im Gegensatz dazu steht die politische Integration: Bei seinen Bürgern ist das Bild Europas häufig durch zunehmenden Zentralismus, Bürokratisierung und Demokratiedefizit geprägt. Gleichzeitig erfordert die geplante Osterweiterung, dass die politische Organisation der Europäischen Union verändert wird, da in einem erweiterten Europa die bestehenden Entscheidungs- und Umverteilungsmechanismen nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Als Folge davon werden in Wissenschaft und Politik Ansätze zu einer politischen Neuorganisation Europas diskutiert, die sich unter anderem mit einer Stärkung des Europäischen Parlaments, vermehrter Subsidiarität bzw. einer Straffung der politischen Führung auseinandersetzen.

Diesen Integrationsansätzen stellt Bruno Frey ein völlig andersartiges Vorgehen gegenüber, dessen Ziel eine ausgeprägte Dezentralisierung der Entscheidungen und damit eine Stärkung der demokratischen Elemente im politischen Willensbildungsprozess ist. Diese Überlegungen wurden zusammen mit Reiner Eichenberger entwickelt und erstmals 1994 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Konzept trägt den Namen FOCJ, was für Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions steht. Demnach sind die institutionellen Bedingungen so zu ändern, dass Politiker und Regierungen stärker als bislang einen Anreiz haben, auf die Präferenzen der Bürger einzugehen und die Bürger vermehrt in den politischen Prozess integriert werden. Dies wird erreicht, indem die bestehenden vier Freiheiten um eine fünfte, die politische Freiheit, ergänzt und somit die politische Mitsprache der Bürger gestärkt werden. Hierzu sollen zur Lösung bestehender Probleme (wie z.B. Ausbildung, Verkehr, Abwasser, Abfallbeseitigung, öffentliche Sicherheit) Körperschaften gebildet werden, deren Aktionsradien sich nicht an geografischen oder historischen sondern funktionalen Grenzen orientieren. Der Umfang einer Körperschaft wird daher von einer bestimmten Aufgabe determiniert, und es entstehen unterschiedlich grosse Einheiten, die

sich gegenseitig überlappen können. Die zu erbringenden Leistungen werden durch Steuereinnahmen finanziert, wobei jede Körperschaft Steuerhoheit besitzt. Es sind nur jene politischen Einheiten (idealerweise Gemeinden oder Bürger) zur Zahlung von Steuern verpflichtet, welche einer entsprechenden Körperschaft beitreten, wobei die Bürger eigenständig entscheiden können, ob ihre Gemeinde einer bestimmten Körperschaft beitreten soll. Gleichzeitig muss die Möglichkeit zum Austritt aus existierenden Gebietskörperschaften und die damit verbundene Steuervergütung gewährleistet sein. Der Ein- und Austritt soll möglichst kostenfrei erfolgen, so dass die Entscheidung der Bürger für oder gegen eine Institution zugleich als Zustimmung bzw. Ablehnung des von der entsprechenden FOCJ praktizierten Verhaltens interpretiert werden kann. Somit wird ein Wettbewerb zwischen den FOCJ um die Mitgliedschaft ausgelöst, welcher insgesamt zu einer (auch dynamisch) effizienten Versorgung mit den gewünschten staatlichen Leistungen führt.

Der vorliegende Beitrag erläutert die Idee der FOCJ ausführlich, kontrastiert sie mit bestehenden Föderalismuskonzepten und überprüft sie auf eine mögliche Anwendung im europäischen Kontext. Nach der Einleitung werden in Abschnitt 1 die Grundidee, die Vorzüge sowie behauptete Probleme funktionaler und konkurrierender Körperschaften dargestellt. Abschnitt 2 setzt sich mit Föderalismus und FOCJ auseinander, indem zunächst die Vorzüge des Föderalismus an sich dargestellt und vor diesem Hintergrund die FOCJ sowie damit zusammenhängende Probleme beurteilt werden. Abschnitt 3 betrachtet den Föderalismus in der EU, wobei insbesondere bestehende föderalistische Elemente in den Institutionen der EU, Subsidiarität, zentralistische Forderungen, sowie das sog. Europa der Regionen angesprochen werden. Es folgt ein Vergleich mit den FOCJ. Abschnitt 4 untersucht die FOCJ als eine Weiterentwicklung des Föderalismus und betrachtet hierzu ausgewählte theoretische Modelle, die in verschiedene Entwürfe für eine künftige europäische Verfassung Eingang gefunden haben. Diesen Modellen werden die FOCJ gegenübergestellt. Dann werden verschiedene Verfassungsvorschläge für die weitere Entwicklung der EU dargestellt und ebenfalls erläutert, wo Gemeinsamkeiten bestehen und inwiefern die Idee der FOCJ den genannten Konzepten überlegen ist. Abschnitt 5 setzt sich mit den theoretischen Vorläufern von FOCJ (Demarchie, flexible Integration sowie soziologischer Föderalismus) auseinander, stellt historische Institutionen in Antike und Mittelalter dar, um aufzuzeigen, dass die Realisierung der FOCJ keine Utopie ist. Es schliesst sich eine kurze Betrachtung der Gegenwart anhand schweizerischer Gemeinden und anderer Länder (USA, Deutschland, Italien) an. In Abschnitt 6 folgen Anwendungen der FOCJ für Europa, wobei zunächst die Frage gestellt wird, ob Föderalismus überhaupt gewünscht wird und inwiefern FOCJ dazu dienen können, bestehende europäische Probleme wie regionale Konflikte (z.B. Nordirland) zu lösen. Im anschließenden Anhang wird gezeigt, dass die Idee der FOCJ auch auf Entwicklungsländer angewendet werden kann. Die Voraussetzungen zur Realisierung des Konzepts untersucht Abschnitt 7, Abschnitt 8 widmet sich einem Ausblick auf den Föderalismus in Europa.

Das vorliegende Buch liefert einen klaren, wenn auch knappen Einblick in die Idee der funktionalen, überlappenden, wettbewerblichen Körperschaften sowie deren Anwendung auf den europäischen Kontext. Die detaillierte Untergliederung der einzelnen Abschnitte sowie das Schlagwortverzeichnis ermöglichen es auch Neulingen im Bereich der ökonomi-

sehen Theorie des Föderalismus, sich schnell mit der Problematik der Weiterentwicklung der politischen Organisation Europas und dem neuen Konzept vertraut zu machen. Die jedem Abschnitt folgenden kommentierten Literaturhinweise erlauben es, gezielt Literatur zu vertiefenden Fragestellungen auszusuchen. Um Skeptiker von der Idee der FOCJ zu überzeugen, sollten jedoch neben der reinen Darstellung des Konzepts auch detaillierte Informationen für den Übergangsprozess von der bestehenden politischen Organisation Europas auf den neuen Föderalismus geliefert werden. Dies umfasst insbesondere den Umgang mit der beträchtlichen Staatsverschuldung vieler Mitgliedstaaten der EU.

Ingrid Ott, Dipl.-Ök.

Universität Lüneburg, Institut für Volkswirtschaftslehre

Scharnhorststrasse 1, 21332 Lüneburg (Germany)

Gentry, Bradford S. (ed.) (1998). *Private Capital Flows and the Environment. Lessons from Latin America*. Cheltenham, UK/Northampton, USA: Edward Elgar. 361 pp. £ 65.00. ISBN 1-85898-957-4.

Private investment to emerging markets has more than quadrupled in the 1990s. As such, it has overtaken foreign aid as the main international finance vehicle for most developing countries. This book analyses the environmental impact of foreign investment. Three categories of private international investment can be distinguished: foreign direct investment, portfolio equity investment and (bank) debt. The book consists of a number of case studies in Argentina, Brazil, Costa Rica and Mexico that focus on foreign direct investment. These investments are chosen because of their dominant size in foreign investment, their direct environmental impact, and because they face the most severe financial pressures from environmental concerns. As such, it particularly focuses on the environmental impact of multinational companies when they bring new plant and equipment, management, training, and knowledge to Latin America.

The book consists of three parts. The first part focuses on private investment to developing countries and describes the recent experiences with these inflows of the four Latin American countries. This part is rather superficial. It neglects modern theory of international finance and does not go into the determinants of (direct) investment to emerging markets. Furthermore, it does not go into methodological issues. How can we analyze the impact of international finance on the environment? How must we assess the role of government regulation with respect to the environment and the maintenance of this regulation? As such, it does not pave a clear way for the case studies in the next part. Particularly with a number of studies on different economic activities in different countries, a coherent framework for 'environmental effect analysis' would have been welcome. It could help to make the experiences much better comparable. It is clear – from the second part of the book – that this certainly has been aimed at but it has not been very successful. It must be noted that particularly in this first part, graphs frequently are drawn